

A decorative graphic consisting of four vertical bars of varying heights, located in the top left corner of the page.

Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	6
2	ERTRAGSLAGE	7
3	FINANZLAGE	8
4	VERMÖGENSLAGE	9
5	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	9
6	PROGNOSEBERICHT	12

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ wurden die beiden Einrichtungen zum 1. Januar 2006 zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) fusioniert. Durch das „Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und weiterer Vorschriften“ vom 21. November 2017 wurde das „Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ (LUBWG) mit Wirkung vom 1. Dezember 2017 geändert. Dabei wurde die „Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ in „Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg“ umbenannt. Die bisherige Kurzbezeichnung LUBW wurde beibehalten.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des LUBWG geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes, des Natur- und des Strahlenschutzes, der Nachhaltigkeit, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagen- und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Die LUBW ist in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Informationstechnisches Zentrum Umwelt sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Leitlinien für Informationssicherheit in der LUBW sowie Risikomanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Im Folgenden beziehen sich Angaben in Klammern grundsätzlich auf das Vorjahr.

Nach Schätzung des IWF wächst die Weltwirtschaft 2019 trotz des Einflusses der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung von Wachstumsmärkten wie Indien und dem Einfluss des Handelsstreits zwischen den USA und China um 3,3 %. Das Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union stieg moderat um 0,2 % an. Dieses Wachstum wird vor allem von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen; begünstigt von der weiterhin niedrigen jährlichen Inflationsrate von 1,3 % im Euroraum und der weiter anhaltenden expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die auch 2019 den Leitzins im Euroraum auf 0 % beließ.

Die deutsche Wirtschaft kann 2019 zum zehnten Mal in Folge ein Wachstum verzeichnen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt beträgt nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts preisbereinigt 0,6 % (1,5 %). Verglichen mit den Vorjahren hat sich das Tempo des Wachstums allerdings stark verringert. Der Wachstumsimpuls kommt vor allem aus dem privaten und staatlichen Konsum. Die Erwerbslosenquote beträgt 3,0 % (3,2 %) und befindet sich damit zum wiederholten Mal auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Der staatliche Haushalt konnte mit 49,8 Milliarden Euro den zweithöchsten Überschuss seit der deutschen Wiedervereinigung verzeichnen. Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich für das Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 insgesamt um 3,1 %. Die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen sanken um 0,1 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betragen TEUR 18.758,0. Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 22.907,8. Zusammen mit Erträgen von TEUR 4.752,6 und Naturalzuschüssen von TEUR 28.899,3 standen der LUBW insgesamt Deckungsmittel von TEUR 75.317,7 zur Verfügung. Die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms konnten im geplanten Umfang umgesetzt werden. Dabei wurden die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung weitgehend berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Im Jahresarbeitsprogramm sind die zu erledigenden Fachaufgaben im Wesentlichen dokumentiert. In den Quartalsberichten wird über den Erfüllungsgrad regelmäßig informiert. Einige thematische Schwerpunkte sind nachfolgend aufgeführt.

Themen zum Klimawandel und damit verbundene Handlungsfelder

Das Jahr 2019 stand bei der LUBW ganz im Zeichen des Klimawandels. Anfang des Jahres wurde ein klimatischer Rückblick auf das Hitzejahr 2018 veröffentlicht. Aus den Fachbereichen der LUBW wurden die jeweiligen Erkenntnisse kompakt und gebündelt dargestellt, um die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen auf die verschiedenen Umweltbereiche zu dokumentieren. Parallel liefen die vorbereitenden Arbeiten des zweiten Monitoring-Berichts gemäß Klimaschutzgesetz des Landes und damit einhergehend die Erstellung von Factsheets für 20 Indikatoren. Das Thema Klimawandel und Kommunen wurde in einer Umfrage untersucht und die Erkenntnisse in einer Veröffentlichung durch die LUBW aufbereitet.

Aktuelle Planungsgrundlagen sind eine wichtige Voraussetzung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. 2019 wurden im Energieatlas der Windatlas einschließlich der ermittelten Windpotenziale freigeschaltet, um präzisere Aussagen zur potentiellen Energiegewinnung zu ermöglichen. Gleichzeitig erfolgte im Auftrag des Umweltministeriums eine Aktualisierung der Gesamtbestandsschätzung für den Rotmilan mithilfe einer repräsen-

tativen Kartierung auf 240 Probeflächen. Weil sich der Gesamtbestand im Land im Vergleich zur Gesamtbestandsermittlung im Jahr 2014 erhöht hatte, konnte gleichfalls eine Anhebung der Schwellenwerte bei den Dichtezentren erfolgen.

Langanhaltende Trockenheit löst in manchen Gebieten kaum oder sehr verzögerte Reaktion aus, während in anderen Regionen sofort Bäche trockenfallen. Durch den Klimawandel ändern sich die meteorologischen Zustände und Ereignisse; Trockenheitsperioden nehmen zu. Deren Auswirkungen auf Wassereinzugsgebiete untersucht die LUBW. Beim länderübergreifenden Kooperationsvorhaben KLIWA (Klimaveränderung und Wasserwirtschaft), bei dem sich neben Baden-Württemberg auch Bayern, Rheinland-Pfalz und der Deutsche Wetterdienst beteiligen, hat die Wasserwirtschaft einen Stresstest entwickelt und veröffentlicht, um die jeweilige Sensitivität eines Gebietes zu ermitteln. Mit diesem neuen Analysewerkzeug kann die Bandbreite der Auswirkungen meteorologischer Extremereignisse wie Trockenheit auf verschiedene wasserwirtschaftliche Nutzungen besser abgeschätzt und gleichzeitig Verminderungsmaßnahmen geplant werden.

Neben langanhaltenden Trockenphasen in den Sommermonaten werden voraussichtlich lokale Starkregeneignisse und Hochwässer aufgrund des Klimawandels in Zukunft zunehmen. Das Wasserhaushaltsmodell LARSIM (Large Area Runoff Simulation Model) wird sowohl von der LUBW als auch von weiteren Dienststellen im In- und Ausland für die operationelle Hochwasservorhersage sowie zur Untersuchung von Klimaänderungsfolgen eingesetzt.

Themen Artenvielfalt und Artenbestände

2019 konnten erstmalig alle Bausteine des landesweiten Insektenmonitorings bedient werden. Die „Tagfalter & Widderchen“ sowie „Heuschrecken“ wurden bereits das zweite Mal kartiert, während der Baustein „Laufkäfer und Biomasse Boden“ mit insgesamt 1.440 Fallenleerungen auf 60 Probeflächen zum ersten Mal erhoben wurde. Für bis zu 100 Probeflächen liegen zwischenzeitlich Daten vor, die erste Aussagen zum Insektenbestand Baden-Württembergs ermöglichen. 2019 wurde bei den Nachtfaltern mit der gezielten Nachkartierung vorliegender Daten aus früheren Jahren begonnen, um Rückschlüsse zu bereits stattgefundenen Veränderungen ziehen zu können.

Thema Umweltschadstoffe

Das Thema Luftqualität hat die Arbeit der LUBW im Jahr 2019 besonders herausgefordert, nicht zuletzt durch den Brandanschlag am 6. April auf die Messstation Stuttgart „Am Neckartor“. Im Februar 2019 wurde die LUBW mit zusätzlichen Messungen von Stickoxid im Stadtgebiet Stuttgart beauftragt. Insgesamt wird nun an 50 Messstellen durch Passivsammler der Luftschadstoff Stickstoffdioxid gemessen. Insgesamt 171 Messstellen betreute die LUBW landesweit, was zu einer Steigerung von 40 % innerhalb der Messaktivitäten führte. Die Daten wurden auf den Internetseiten der LUBW veröffentlicht und werden regelmäßig aktualisiert.

Den Einfluss von Holzfeuerungen auf die Feinstaubbelastung untersuchte die LUBW beim Sonderprogramm „Feinstaub in ländlichen Räumen und engen Tälern“. Im Fokus standen Gemeinden mit einem hohen Anteil an Holzverbrennungsanlagen, in denen aufgrund ihrer Tal-Lage zusätzlich ein geringer Luftaustausch stattfindet. Die bereits veröffentlichten Ergebnisse aus dem ersten Halbjahr 2019 zeigen für die Feinstaubfraktionen

Partikel PM10 und PM2,5 eine sichere Einhaltung der Immissionsgrenzwerte. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass hauptsächlich Großwetterlagen die Feinstaubbelastung beeinflussen.

Am 9. September begann offiziell die Arbeit der Radonberatungsstelle der LUBW. Damit übernimmt die LUBW eine weitere Beratungsleistung und steht seither telefonisch und per E-Mail als zentrale Ansprechpartnerin zur Verfügung. Eine spezielle Radon-Webseite unter Federführung des Umweltministeriums stellt ausführliche Informationen zum Thema Radon bereit. Ein weiterer wichtiger Baustein der Radonberatungsstelle ist die Koordinierung und Betreuung der Radonmesskampagnen im Land.

Das Thema PFC prägte die abteilungsübergreifende Arbeit der LUBW auch im Jahr 2019. Neben zusätzlichen Untersuchungen des Grundwassers im Schadensraum Rastatt/Baden-Baden fokussierte sich die LUBW auf wichtige Nachforschungen, um die Anreicherung von PFC in Organismen dokumentieren zu können. Bei der Gruppe der Regenwürmer konnten Anreicherungs-faktoren von mehr als 100 im Vergleich zu den Bodenwerten nachgewiesen werden. Bei Kleinsäu-gern hat die spezifische Nahrungsweise entscheidenden Einfluss auf die Anreicherung von PFC im Organismus. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse weisen daraufhin hin, dass PFC das Potential hat, in die terrestrische Nahrungskette zu gelangen und sich in dieser anzureichern.

Die LUBW hat den Bereich Digitalisierung mithilfe des neuen METRIS BW ausgeweitet. METRIS BW modelliert die jährlichen baden-württembergischen Einträge von Gesamtstickstoff, Gesamtphosphor und Orthophosphat-Phosphor in Fließgewässern. Die verursachenden Quellen werden räumlich mithilfe von punktförmigen und diffusen Eintragspfaden verortet und quantifiziert.

Thema Kreislaufwirtschaft

Das Kompetenzzentrum Bioabfall betreute das Modellprojekt in Großwohnanlagen „Biotonne richtig nutzen!“. Der Fokus lag auf der gezielten Ansprache der Bewohnerinnen und Bewohner sowie auf konkreten Maßnahmen, die eine sauberere Trennung des Bioabfalls fördern. Ziel ist es, mittelfristig sowohl die Menge des Bioabfalls zu erhöhen als auch die Qualität hinsichtlich der Verwertung zu optimieren.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31. Dezember 2019 insgesamt 526 (511) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2019 hatten insgesamt zehn Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Zwei Chemielaborantinnen und zwei Bürokauffrauen befanden sich in der Ausbildung.

Der durch den Verwaltungsrat für 2019 genehmigte Stellenplan für Anstaltsangestellte wies 114,9 (114,9) Stellen aus. Zusätzlich enthielt der Stellenplan 9,3 (9,3) direkt aus den Mitteln des Betriebs gewerblicher Art finanzierte Stellen. [...] Für die Anstaltsangestellten betragen die Ausgaben für Gehälter und soziale Aufwendungen TEUR 9.420,6 (TEUR 9.230,2). [...]

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 01. Januar 2009 eingestellt wurden, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 01. Januar 2009 über den am 23. März 2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamtinnen und Beamte und Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

Der Staatshaushaltplan 2018/2019 wies für das Jahr 2019 im Stellenplan der LUBW für Landespersonal 436 (430,5) Stellen aus. Darin sind 29,5 Personalstellen zur Stärkung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung enthalten.

[...]

Die Gesamtausgaben für das Landespersonal betragen TEUR 25.402,0 (TEUR 24.006,6). [...]

2 ERTRAGSLAGE

Die Erträge im Geschäftsjahr 2019 liegen mit TEUR 4.752,6 (TEUR 4.882,2) um TEUR 129,7 unter dem Wert des Vorjahres und TEUR 402,6 über dem Planwert. [...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 1.899,0 (TEUR 2.109,7) Umsatzerlöse erzielt; das sind TEUR 199,0 mehr als geplant. Im Betrieb des Anlagenkatasters wurden TEUR 1.264,1 Erlöse erzielt. Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 195,2 (TEUR 272,7), Personalaufwand von TEUR 561,2 (TEUR 619,3), Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 402,6 (TEUR 480,8) und indirekte Kosten von TEUR 193,5 (TEUR 207,5) gegenüber. Es wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 550,8 vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 48,1 (TEUR 66,5) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.619,6 (TEUR 1.515,0) und liegen TEUR 219,6 über dem geplanten Wert. Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 1.392,2 (TEUR 1.226,2). Für Sonderprojekte der Regionalen Netzstelle für Nachhaltigkeitsstrategie (RENN.süd) erhielt die LUBW 2019 einen Zuschuss von TEUR 250 von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, der nicht in der Planung enthalten war.

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 34.822,5 (TEUR 33.236,8); [...]

[...]

Der Aufwand für bezogene Leistungen beträgt TEUR 30.030,9 (TEUR 28.229,1), er liegt TEUR 1.801,8 über dem Vorjahreswert und TEUR 1.030,9 über dem Planwert. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. TEUR 22.900,0 (TEUR 21.700,0) der bezogenen Leistungen betreffen Verträge zur Erfüllung dieser Aufgaben und sind durch zugesagte sonstige Einlagen des Landes gedeckt; das sind TEUR 1.560,0 mehr als geplant. In den Quartalsberichten wurden nach § 6 Abs. 4 der Satzung der LUBW die Planabweichungen aufgezeigt und erläutert. Im ersten Quartal 2020 wurden mit TEUR 900,0 mehr Leistungen, die aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, als im Quartalsbericht prognostiziert abgerechnet und in das Geschäftsjahr 2019 gebucht.

[...]

Unter Berücksichtigung der Steuern von Einkommen und Ertrag beträgt das Ergebnis nach Steuern TEUR -72.081,9 (TEUR -68.418,1). Nach Berücksichtigung der sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -72.090,8 (TEUR -68.425,4).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31. Dezember 2019 beträgt das Eigenkapital TEUR 15.156,9 (TEUR 16.682,6). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 70.565,1 (TEUR 66.931,8) unter dem Jahresfehlbetrag von TEUR -72.090,8 (TEUR -68.425,4). Das Eigenkapital reduziert sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 1.525,7; wesentlich beeinflusst durch die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 1.417,9 und dem Abbau der zur Verfügung stehenden liquiden Mittel um TEUR 714,1.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2019 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 19.845,5 (TEUR 20.130,8) geplant. Darin enthalten sind TEUR 1.300,0 die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden. Berücksichtigt wurde ein Konsolidierungsbeitrag von TEUR 412,3 und die Sachmittelpauschale für Neustellen in Höhe von TEUR 24,0. Im Staatshaushaltsplan 2018/2019 waren für 2019 im Kapitel 1010 TEUR 1.142,0 für die IT-Neuordnung enthalten, die mit einem Sperrvermerk des Ministeriums für Finanzen versehen waren. Im Einvernehmen mit BITBW wurde für das Jahr 2019 insbesondere für den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration durch BITBW ein Mittelbedarf von TEUR 450,7 ermittelt, vom Finanzministerium zur Freigabe freigegeben und ausbezahlt. [...]

Nach Erbringung einer Einsparverpflichtung von TEUR 161,7 im Rahmen des Haushaltsvollzugs und den Ausgleichszahlungen für fremdfinanziertes Personal in Höhe TEUR 125,8 standen der LUBW 2019 TEUR 18.758,0 zur Verfügung.

Die sonstigen Einlagen des Landes werden für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen. Für 2019 war geplant, dass der LUBW TEUR 21.500,0 sonstige Einlagen des Landes zur Verfügung gestellt werden. Zuweisungsschreiben liegen in Höhe von insgesamt TEUR 31.430,5 vor. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden TEUR 22.907,8 (TEUR 19.487,0) zur Auszahlung angefordert und überwiesen. Für Projekte und Investitionen, deren Finanzierung durch Zuweisungen aus sonstigen Einlagen des Landes gedeckt sind, wurden bis Mitte März 2020 insgesamt TEUR 25.340,9 (TEUR 22.370,1) umgesetzt und in das Jahr 2019 gebucht. Die 2019 nicht abgerufenen Zuweisungen in Höhe von TEUR 8.522,8 (TEUR 8.470,9) werden in das Budget 2020 übertragen und entsprechend dem Liquiditätsbedarf abgerufen.

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 3.985,4 (TEUR 3.871,8); es bestanden sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 138,6 (TEUR 130,7).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2019 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 3.861,0 (TEUR 4.580,6) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 4.042,4 (TEUR 3.900,0). Der Wert des Anlagevermögens sank um TEUR 189,4 von TEUR 15.340,2 am 31. Dezember 2018 auf TEUR 15.150,9 am 31. Dezember 2019. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen TEUR 129,7 Investitionen (TEUR 2,7).

[...]

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2019 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel wurden um TEUR 714,1 reduziert und betragen zum 31. Dezember 2019 TEUR 8.223,3 (TEUR 8.937,3). Den liquiden Mitteln der LUBW stehen Verpflichtungen gegenüber, die vor allem noch offenen Bestellobligos, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die verfügbaren Mittel für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle betreffen.

5 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 2 des LUBWG ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2019 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19. Juli 2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentin und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBWG geregelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben entstanden der LUBW 2019 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 76.843,3 (TEUR 73.307,6). Dabei wurden von den bezogenen Leistungen in Höhe von insgesamt TEUR 30.030,9 TEUR 22.900,0 aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert, dies entspricht einem Anteil von 76,3 %. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. Es ist darauf zu achten, dass trotz dieser Finanzierungsstruktur der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der LUBW nicht eingeschränkt wird.

Die Einhaltung der grundgesetzlich vorgeschriebenen Schuldenbremse, die seit 2020 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr zulässt, ist das zentrale Ziel der Haushaltspolitik Baden-Württembergs. Daher wurden auch bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2020/2021 vom Finanzministerium Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Daraus ergeben sich für die LUBW Einsparungen von TEUR 321,8 im Jahr 2020 und zusätzliche Einsparungen von TEUR 403,5 im Jahr 2021. Die mittelfristige Wirtschaftsplanung geht dennoch davon aus, dass die Einlagen des Landes in das Basiskapital dauerhaft auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von TEUR 19.580,8 liegen.

Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen beeinflussen die Tätigkeitsfelder der LUBW. In Abstimmung mit den Ministerien werden im Jahresarbeitsprogramm für bedeutsame Vorhaben Schwerpunkte gebildet, wie zum Beispiel der Masterplan Wasserversorgung zur Bewertung der Wasserversorgungssituation in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Klimawandels, das Artenmonitoring im Rahmen des Sonderprogramms zur Stärkung der biologischen Vielfalt, das Digitalisierungsprojekt Umweltinformation digital 4.0 zur interaktiven Bereitstellung von Umweltinformationen, die Überprüfung der Stickstoffdioxidkonzentration in einer ergänzenden Reihe verkehrsnaher Sondermessungen sowie das Aktionsprogramm Sturzflut zur Unterstützung der kommunalen Hochwasser- und Sturzflutgefahrenabwehr. Werden der LUBW für neue Schwerpunkte wie bisher entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Ansonsten muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

Um die LUBW zukunftsfähig aufzustellen, wird in einem umfassenden Strategieprozess die strategische Ausrichtung der LUBW festgelegt. Auch 2019 fokussierte die LUBW mit dem Strategieprozess LUBW 2020+ die Schwerpunkte Digitalisierung, Personal sowie Organisation und Struktur. Insgesamt beschäftigten sich elf Projektgruppen mit der Umsetzung. Die Abschlussergebnisse der Projektgruppen „Wissensmanagement“ und „Projektmanagement“ werden durch eine Wissens- und Projektmanagerin in der Koordinierungsstelle implementiert und weiterentwickelt. Die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Rahmenbedingungen des

öffentlichen Diensts als Arbeitgeber und der Wettbewerb um IT-Fachleute sind nur einige der Faktoren, welche die strategischen Überlegungen der LUBW zur Personalentwicklung bestimmen. Von zwei Projektgruppen werden Strategien zur Förderung potenzieller Führungskräfte als auch zur Attraktivitätssteigerung der LUBW als potentieller Arbeitgeber erarbeitet. Beide Konzepte werden 2020 in die Umsetzung gehen und von einer neu eingestellten Personalentwicklerin unterstützt.

Am 01. November 2019 startete die Initialisierungsphase für den Pilotbetrieb im Bereich der E-Akte, um im Februar 2020 als eine der ersten Pilotbehörden der Landesverwaltung Baden-Württemberg die E-Akte einzuführen. Das Projekt wird eng von der Stabsstelle E-Akte im Innenministerium begleitet. Die Herausforderungen sind unter anderem vom Datenschutz, der Regelung der Aktenzugriffe, Wissen zur Schriftgutverwaltung und von Bedenken zur Qualitätssicherung geprägt und bedingen einen Wechsel in der bisherigen Arbeitskultur.

Am 01. Juli 2015 ist das Gesetz zur Errichtung der BITBW, einer zentralen Landesoberbehörde für Informationstechnik, in Kraft getreten. Aufgaben, die gemäß LUBWG bei der LUBW verankert sind, insbesondere Entwicklung, Betrieb, Pflege und Betreuung von IuK-Fachverfahren und zentralen landesweiten Datenbanken im Umweltbereich, sollen in mehreren Stufen an BITBW übertragen werden. Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW und beinhaltet Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung. Die in der LUBW verbleibenden IT-Kernkompetenzen sollen im neuen Kompetenzzentrum Umweltinformatik (KUI) gebündelt werden. 2019 wurde in der ersten Jahreshälfte das Grobkonzept inhaltlich ausgearbeitet und abgestimmt. Das Feinkonzept, dessen Entwurf bis zum Jahresende 2019 vorlag konzentriert sich auf die gegebenen, organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen: Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, Benennung der Qualifikation und Rollen sowie auf die Einhaltung zentraler Vorgaben an die IT.

Durch die Neuregelung des § 2b UStG, die zum 01. Januar 2017 in Kraft getreten ist, wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand vollständig neugestaltet. Die LUBW hat mit Datum vom 12. Dezember 2016 eine Optionserklärung beim Finanzamt abgegeben. Damit kann die bisherige umsatzsteuerliche Rechtslage bis zum 31. Dezember 2020 unverändert fortgeführt werden. Bis dahin ist zu prüfen, welche steuerlichen Konsequenzen sich aus der Neuregelung des § 2b UStG für die LUBW ergeben. Die Prüfung ist für weite Bereiche bereits abgeschlossen. Bisher hat sich noch keine Notwendigkeit für Änderungen der bisherigen Leistungsbeziehungen, Finanzierungsformen und Vertragsgrundlagen ergeben.

Die Ausbreitung des Coronavirus wirkt sich weltweit wirtschaftlich auf Unternehmen und die Haushalte der Staaten aus. Es besteht eine hohe Unsicherheit für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In wieweit sich diese im Geschäftsjahr 2020 und den Folgejahren auf die Aufgabenerledigung und die Finanzen der LUBW auswirken, ist derzeit nicht abschätzbar.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

6 PROGNOSEBERICHT

Im Staatshaushaltsplan 2020/2021 werden als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW für 2020 TEUR 19.680,4 und für 2021 TEUR 19.580,8 geplant. Darin enthalten sind wie im Vorjahr TEUR 1.300,0, die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden, sowie TEUR 1.142 für die IT-Neuordnung, den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration BITBW. Als Einsparungen wurden TEUR 321,8 im Jahr 2020 und zusätzlich TEUR 403,5 im Jahr 2021 berücksichtigt. [...]

Der Verwaltungsrat hat in der 30. ordentlichen Sitzung am 04. Dezember 2019 dem Wirtschaftsplan 2020 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Umweltministerium mit Schreiben vom 17. Januar 2020 genehmigt. Mit Schreiben vom 03. März 2020 hat das Umweltministerium mitgeteilt, dass im Rahmen des Haushaltvollzugs 2020 eine zusätzliche Einsparung in Höhe von TEUR 60,5 zu erbringen ist.

Für 2020 wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 18.100,0 zugewiesen werden. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Die Kartierung, das Monitoring und Management gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen, das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt, die Untersuchung von Fließgewässern nach Wasserrahmenrichtlinie, die Probennahme und Analyse von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) sowie das WIBAS und der Betrieb des Umweltportals, des UIS-Berichtssystems und der RIPS-Geodateninfrastruktur.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2020 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 71.667,4 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2020 sind Erträge in Höhe von TEUR 4.050,0 geplant, davon TEUR 1.700,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Im Staatshaushaltsplan 2020/2021 sind im Kapitel 1010 für 2020 TEUR 1.098,0 für 12,5 neue Stellen, zum Beispiel für die Umsetzung der Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie“, die integrative Taxonomie und das Kompetenzzentrum Klima, berücksichtigt. Im Wirtschaftsplan 2020 sind Investitionen in Höhe von TEUR 3.560,0 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionen geringer als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.900,0.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2020 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2020 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2020

gez.

Eva Bell

Präsidentin